

Das sorbische Schulnetz in der Demontage

Hintergründe und Fakten

Herausgeber: Domowina z. t./e. V.

Rěčny centrum WITAJ – WITAJ-Sprachzentrum

Kontakt: Postplatz 3, 02625 Bautzen

b.pawlikec-witaj@sorben.com

Redaktion: Božena Paulik

Redaktionsschluss: 11. 7. 2003

kels in einem „traditionell“ von Sorben bewohnten Gebiet liegt, ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass sich neben den Eltern der betroffenen Kinder u. a. auch der Parlamentarische Beirat der Sorben entschieden gegen die Schließung ausgesprochen haben, was beweist, dass ausreichender Bedarf in Bezug auf die Weiterführung der Klasse besteht. Unter diesen Umständen meint der Beratende Ausschuss, dass die Behörden in engen Einvernehmen mit Vertretern der sorbischen Minderheit die Möglichkeit der Fortführung der 5. Klasse der Crostwitzer Sekundarschule einer dringenden Überprüfung unterziehen sollten. Im Übrigen sollten die zuständigen Behörden eine Einigung über Grundsatzkonzeptionen, Programme und Mittel entsprechend dem Rahmenübereinkommen herbeiführen, um auf lange Sicht die Zukunft des historischen Netzwerkes sorbischer Schulen in dem angestammten Siedlungsgebiet dieser Minderheit zu gewährleisten.

Die nicht geführte Diskussion über deutsch-sorbische Konflikte

Anstatt eines Vorwortes

Themen wie Gedächtnis oder Erinnerung haben heute Konjunktur, wie das Schulbekenntnis des Vatikans anlässlich des Millenniums oder die Vereinbarung über die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter in Deutschland mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Weder in den von Sorben bewohnten Gebieten Sachsens und Brandenburgs noch auf Bundesebene wurde bislang eine breite, offene Debatte zum sorbisch-deutschen Verhältnis geführt. Es ist nun an der Zeit dafür. Noch fehlt die Analyse der Beziehungen zwischen Deutschen und Sorben aus sozialpsychologischer Sicht. Nie wurden soziale und kulturelle Konflikte kritisch beleuchtet, die mehr oder weniger verdeckt, dafür aber beständig bis in den heutigen Alltag zwischen Sorben und Deutschen bestehen. Assimilation sei etwas natürliches und die Sorben werden so lange Sorben sein, wie sie es selbst wollen, so die verbreitete Meinung. Einer solchen mechanischen Sichtweise kann man sich aus der Perspektive der modernen Gesellschaftswissenschaften nicht anschließen. Die folgenden Ausführungen sollen die Diskussion aus sozialpsychologischer Perspektive anregen.

Sorben in der Statistik

Der deutsche Staat hat meist nur danach gefragt, wieviel Sorben es noch gibt. Damit ist gemeint, wieviel Einwohner Sorbisch beherrschen – je weniger, desto besser. Nie haben Fragen interessiert wie: Aus welchen Gründen nimmt die Zahl der sorbisch Sprechenden ab? Welche Mechanismen wirken dabei und was sind die psychologischen Konsequenzen, die Sorben vielfach dazu drängen, in öffentlichen Situationen „vorbeugend“ ins Deutsche zu wechseln? Der sprachliche Nationalismus grub sich allmählich tief ein, selbst in das politische Bewusstsein. Das bedeutet, dass die sorbische Sprache in großen Teilen der Lausitz nicht „von selbst“ verschwunden ist, wie vielfach behauptet wird. Ihre Zurückdrängung war allerdings nicht einfach. Doch verschwinden sollte sie, denn es war die Sprache des überwundenen und deshalb „feindlichen“ Volkes. Und gerade das war ihr eigentlicher „Defekt“. Es war die Sprache des Volkes, das immer wieder die Legitimation der deutschen Vorherrschaft moralisch in Frage stellte – und dies durch seine bloße Existenz.

Ins Abseits

Im langen Prozess ihrer politischen Abhängigkeit standen die Sorben nicht nur 1000 Jahre unter fremder Herrschaft; auch ihre Sprache und Kultur wurden als „unnormale“ abgelehnt und attackiert. Die soziale und ethnische (sprachliche) Diskriminierung bildeten eine komplexe Einheit. Den Herrschenden war dies wohl bewusst, jedoch unangenehm. Daher wurden diese Probleme verdrängt und verschwiegen. Ihre Chronisten konzentrierten sich lediglich auf Höhepunkte des politischen und kirchlichen Lebens, auf Kriege, Zeremonien, den Kampf um hohe Ämter und dergleichen. Weder in der weltlichen noch in der kirchlichen Hierarchie war der Sorbe vorgesehen. Immer wurde versucht zu beweisen, er sei zweitrangig, also minderwertig oder primitiv. Der Sorbe war dem Deutschen nie Partner, nicht einmal Kontrahent, sondern Untertan. Darin besteht im Wesentlichen die Asymmetrie im Verhältnis zwischen Sorben und Deutschen.

Wiederholte Sprachverbote

Ständig standen Sprachverbote auf der Tagesordnung. Ungachtet dessen war der Sprachwechsel zum Deutschen in einigen Teilen der Lausitz bis Ende des 19. Jahrhunderts noch nicht „geglückt“. Das belegen immer neue rigorose Anordnungen, bei Gerichten und Ämtern nur die deutsche Sprache zuzulassen, selbst im dörflichen Alltag. Jedem Bauern, der einen Hof kaufen wollte, verlangte beispielsweise der Gutsherr in Neschwitz 1650 den Schwur ab, „dass er mit Frau und Kindern nur deutsch reden und keinen sorbischen Gottesdienst einfordern wird.“ Kurfürst Friedrich Wilhelm befahl dem Inspektor in Beeskow, sämtliche sorbische Bücher und Manuskripte zu vernichten und forderte „die gänzliche Abschaffung der wendischen Sprache“.

Auch wenn in der sächsischen Oberlausitz im Spätféudalismus offensichtlich eine gewisse begrenzte Sprachtoleranz in Kirche und Schule herrschte, änderte das auch hier nichts an der allgemeinen Unterdrückung und Marginalisierung der sorbischen Sprache.

Gefühl der Minderwertigkeit

Auch mit den Forderungen der Aufklärer nach Überwindung der „selbstverschuldeten Ummündigkeit“ (I. Kant) verschwand die Spannungen zwischen der deutschen Obrigkeit und der sorbischen Minderheit nicht. Nach Meinung mancher „echter“ Aufklärer war die sorbische Sprache für fortschrittliche Ansichten angeblich hinderlich und hielt die Sorben in ihrer „Beschränktheit“ und „Zweideutigkeit“ gefangen, sie war „... sowohl im Unterricht als in der Kirche ein sehr we-

DOKUMENTIERT

Europarat
Ministerkomitee

Beratender Ausschuss für das Rahmenübereinkommen
zum Schutz nationaler Minderheiten (ACFC)

Stellungnahme zu Deutschland

Artikel 14

58. In Bezug auf die Umsetzung von Artikel 14 Abs. 2 stellt der Beratende Ausschuss fest, dass im Freistaat Sachsen die obersorbische Sprache als Muttersprache, als Zweitsprache oder als Fremdsprache erlernt werden kann. Im Land Brandenburg, wo weniger Menschen sorbisch sprechen, wird das Niedersorbische als Zweit- oder Fremdsprache gelehrt.

59. Der Beratende Ausschuss stellt fest, dass das Netzwerk der Schulen, die einen Vollunterricht in der sorbischen Sprache anbieten, schon seit vielen Jahrzehnten und im Fall einiger Schulen seit mehr als hundert Jahren besteht. In der Vergangenheit umfasste dieses Netzwerk 12 Schulen, aber inzwischen gibt es wegen der früher von den Behörden angeordneten Schließungen nur noch sechs. Angesichts ihrer historischen Bedeutung haben diese Schulen nicht nur eine Bildungsaufgabe, sondern tragen auch zum Ausdruck der sorbischen Identität in den angestammten Siedlungsgebieten dieser Minderheit bei. Dementsprechend meint der Beratende Ausschuss, dass Anlass zu erheblicher Besorgnis über den Beschluss des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus besteht, wonach die 5. Klasse einer sorbischsprachigen Sekundarschule in der Gemeinde Crostwitz ab dem Schuljahr 2001-2002 geschlossen werden soll. Offensichtlich wurde als Grund für diese Entscheidung angeführt, dass nicht mehr als 17 Schüler angemeldet seien, d. h. weniger als die erforderliche Mindestzahl von 20 Schülern, die zur Fortführung einer Klasse in den übrigen Teilen des Freistaates Sachsen vorgeschrieben ist.

60. Nach Auffassung des Beratenden Ausschusses ist die Mindestzahl von 20 Schülern für die Fortführung einer Klasse für den Unterricht in der Minderheitensprache aus der Sicht des Art. 14 des Rahmenübereinkommens sehr hoch angesetzt. Abgesehen davon, dass die Gemeinde Crostwitz im Sinne des vorgenannten Arti-

8. Der Stellenwert des Crostwitzer Schulstreiks

Der Sachverständigenausschuss des Ministerkomitees des Europarates stellte in seinem Bericht über die Anwendung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen fest „dass in den meisten Vertragsstaaten der Charta eine niedrigere Mindestanzahl von Schülern für den Unterricht in Regional- oder Minderheitensprachen als für den Klassenteiler in Bezug auf Mehrheitssprachen festgelegt wird. Die deutschen Behörden könnten die Einführung ähnlicher Regelungen in Deutschland in Erwägung ziehen. Nach Auffassung des Ausschusses zeitigt die Anwendung der selben zahlenmäßigen Kriterien auf Minderheitensprachen wie auf die Amtsprachen nicht immer die besten Erfolge, und er legt den Behörden nahe, das flexible Vorgehen bei der Umsetzung von Rechtsvorschriften fortzusetzen.“ Die Aktionen zur Rettung der sorbischen Mittelschule waren einer der umfangreichsten außerparlamentarischen Aktionen zu einem konkreten Gegenstand in den neuen Bundesländern der jüngsten Zeit und die stärkste Aktion des sorbischen Volkes zur Wahrung seiner nationalen Interessen in den vergangenen Jahrzehnten. Mit den Aktionen wuchsen Solidarität mit dem sorbischen Volk und die Unterstützung des konkreten Anliegens im In- und im Ausland. Aus Sicht der Sorben hat die sächsische Regierung der außenpolitischen Reputation der Bundesrepublik und der Europäischen Union bei der Verwirklichung von Minderheitenrechten Schaden zugefügt.

Diese Entscheidung fordert die Sorben dazu auf, die Selbstverwaltung ihrer Kultur- und Bildungsangelegenheiten anzustreben und einzufordern.

Der Crostwitzer Schulstreik brachte erneut die Frage der Aufnahme einer den sprachlichen und kulturellen Bedingungen des sorbischen Volkes entsprechenden Regelung des sorbischen Schulwesens im sächsischen Schulgesetz sowie die Aufnahme eines Minderheitenartikels in das Grundgesetz der Bundesrepublik auf die Tagesordnung. Er hat also einen weit über das Anliegen der Schule Crostwitz hinausgehenden politischen Synergieeffekt.

Božena Pawlitkec

sentliches Hindernis der wahren Aufklärung“. Daraus folgte, dass der Sorbe von vornherein als „ungehorsam“ galt. Seine Sprache war Ausdruck der „Sturheit des sorbischen Unterranens“. Gleichwohl viele „aufgeklärte“ Deutsche kaum Sorbisch verstanden, montierten sie, dass eine Predigt in Sorbisch die biblische Wahrheit nicht vermitteln kann. Auch konnte das Sorbische aus ihrer Sicht nicht gleichberechtigt sein, da es nie „Herren- oder Hauptsprache“ war.

Angesichts der öffentlichen Meinung zeigten sich nur einzelne intellektuelle kleinen Kulturen wohlgesonnen. So war J. G. Herder überzeugt, dass alle Kulturen – auch die sorbische – gleichwertig seien und dieselbe Unterstützung verdienten.

Spuren im Unterbewusstsein

Die Analyse der asymmetrischen Beziehungen zwischen Deutschen und Sorben käme zum Schluss, dass sich die Einstellungen zu den Sorben über Jahrhunderte nicht grundsätzlich geändert haben. Nur die Mechanismen der Zurückdrängung des Sorbischen sowie die Argumentationsinhalte haben sich – dem Zeitgeist entsprechend – geändert bzw. „verbessert“.

Allerdings wurde das Sorbische nicht nur durch Sprachverbote verdrängt. Bereits das ihm allgemein zugewiesene Image verurteilte es zu einer Randexistenz. Diese Marginalisierung und Verachtung der Sorbischsprechenden hatte sogar vielfach größeren Effekt. So meinen Sozialpsychologen: Es gibt nichts Schrecklicheres, als in der Gesellschaft nicht anerkannt zu sein. Der Missachtete ist nichts wert, ist psychisch tot.

Die deutsche Öffentlichkeit – und besonders Institutionen wie staatliche Ämter, Kirche oder Schule – beeinflusste direkt oder indirekt die Psyche der Sorben. Die Gründe für die Vorrurteile gegenüber den Sorben reichen – wie beschrieben – weit zurück. Doch wurden und werden sie immer neu produziert.

Diese beständigen Erfahrungen der Sorben haben sich tief in die Psyche eingraviert und ihre Mentalität geprägt. Was für ein Bewusstsein entwickelt ein Mensch, der sich immer wieder die Frage stellen muss: Wie wirke ich auf die deutsche Obrigkeit und Öffentlichkeit? Die Öffentlichkeit bewertet im Allgemeinen nur das als „normal“, was anerkannt ist. Alles andere ist „unnormal“, krank, tabu. Sätze wie „Du Sorbe!“ oder „Mit mir müssen Sie schon deutsch reden!“ klingen in sorbischen Ohren bitter und beleidigend. Daraus entwickelte sich allmählich die Maxime: „Nur nicht auffallen!“ mit der Konsequenz, dass man beispielsweise seine sorbische Herkunft verschweigt, in der Öffentlichkeit selbst mit seinen nächsten Familienangehörigen „sicherheitshalber“ deutsch spricht. Auf Familienfeiern ist einem deutschsprachigen Gast oftmals nicht bewusst, dass eine ganze sorbische

Gesellschaft nur wegen ihm deutsch sprechen „muss“. Die gesellschaftliche Missachtung fügte der sorbischen Seele empfindlichere Wunden zu als alle Instrumentarien der gezielten Assimilation.

Sorben in der „Demokratie“

Die Marginalisierung der Minderheiten ist selbst in liberalen Demokratien nicht aufgehoben. So meinen deutsche Politologen, dass vielen Politikern – selbst linker Parteien – eine differenzierte Sicht auf die Minderheitenproblematik fehlt. Mit „liberalem Auftreten“ ist die „neutrale Sicht“ auf Politik und Kultur gemeint. Bei der Umsetzung dieser „Neutralität“ oder „Gleichheit“ ist jedoch eine Neutralität gemeint, die wiederum nur von Überzeugungen der Mehrheit ausgeht. Auf einer solchen Grundlage werden demnach auch die Angelegenheiten von Minderheiten nach denselben Prinzipien und Maßstäben behandelt wie Probleme der Mehrheitsbevölkerung.

Eine Minderheit bedarf wirklicher Anerkennung. Statt von Anerkennung spricht die Politik jedoch von Toleranz. Das Perfide daran ist, dass die Mehrheit diese Toleranz immer wieder entziehen kann, wenn die Minderheit nicht willfährig genug ist.

Minderheiten sind gezwungen zu einer sensibleren Sichtweise. Sie müssen zwei oder mehr Sprachen beherrschen und erlangen damit mehrere kulturelle Perspektiven. Oftmals haben Angehörige der Mehrheit keine Vorstellung davon, was es heißt, immer im Schatten einer übermächtigen Mehrheit zu stehen, immerzu um seine berechtigten Ansprüche betteln und kämpfen zu müssen. Angehörige von Minderheiten müssen über Dinge, die für die Mehrheit gewöhnlich selbstverständlich sind – wie die Anwendung ihrer Sprache in der Öffentlichkeit – stets neu verhandeln, sich rechtfertigen und sich stets neuen Herausforderungen stellen. Um sich einen Schutz vor häufig erlebten Enttäuschungen und vor weiterer Deklassierung aufzubauen, gehen sie mit ihrer Ethnizität nicht „hausieren“. Es ist nur verständlich, dass an den Rand gedrängte Gruppen unter diesen Umständen unfreiwillig resignieren.

Als Voraussetzung dafür, dass das Schicksal der Sorben in Deutschland offenbar wird, müssen die erfahrenen Diskriminierungen herauskristallisiert werden. Dieses Leid, welches von der Mehrheit bagatellisiert wird, muss anerkannt und Aus der Kultur der Anerkennung soll gezielt eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung entwickelt werden. Erst so kann echte Minderheitenpolitik gedeihen.

dr. Měrcin Waldia

sorbischen und der lokalen Vertreter ein maximaler Kompromiss wäre. Resultat der geheimen Abstimmung dieses Gremiums über mehrere Vorschläge zum sorbischen Schulnetz im Kreis Kamenz war der Erhalt der Mittelschulstandorte an der Peripherie des kompakten sorbischen Sprachgebietes, d. h. in Panschwitz-Kuckau, Rablitz und Crostwitz. Mit dieser Struktur besteht die Chance, dem Assimilierungsdruck entgegenzuwirken. Für die zentral gelegene Mittelschule in Räckelwitz wurde die Einrichtung einer Alternative gefordert, damit mit einer Schulschließung dem Sorbischen kein weiterer öffentlicher Sprachraum verloren geht.

Mit seinem Beschluss vom 5. Dezember 2001 hat der Kreistag Kamenz diesen Vorschlag des runden Tisches ignoriert. Der beschlossenen Schulnetzkonzeption des Landkreises Kamenz zufolge soll Räckelwitz als eigenständiger Schulstandort erhalten bleiben. Ihm sollen als Außenstellen Rablitz und Panschwitz-Kuckau zugeordnet werden. Crostwitz ist in diesem Plan nicht mehr vorgesehen. Das Kultusministerium hat diesen Plan 2003 bestätigt. Diese Variante weckt Bedenken vor allem insofern, als der Status bzw. die Beständigkeit von Außenstellen in der Verordnung des Kultusministeriums zur Schulnetzplanung nicht verankert ist und somit auch der restliche Mittelschulbestand bedroht ist.

7. Zukunft braucht auch die sorbische Schule

Die sächsische Schulinitiative „Zukunft braucht Schule“, durch ein Volksbegehren ein neues Schulgesetz einzufordern und zu verabschieden, wurde von der Domowina und Weiteren in der Oberlausitz aktiv unterstützt.

Die in diesem Gesetzesentwurf verankerten Rahmenbedingungen für Schulen im ländlichen Raum würden auch den Erhalt des Crostwitzer Mittelschulstandortes ermöglichen. Klassenstärken von 15 Schülern, Einzügigkeit von Mittelschulen sowie die Möglichkeit der Bildung von Schulverbänden sind nur drei Aspekte, die auch dem sorbischen Schulnetz eine Chance bieten würden. Deshalb unterstützen mehr als 3 200 Eltern von Schülern an sorbischen Schülern mit ihrer Unterschrift die sächsische Schulinitiative „Zukunft braucht Schule“. Das selbstgestellte Ziel, auf der Basis der Schülerzahl 2 500 Unterschriften zu sammeln, wurde damit überboten. Mit dem Scheitern des Volksbegehrens (notwendige Unterschriftenzahl 450 000; erreichte Zahl von 417 000) war auch das Schicksal der Crostwitzer Mittelschule faktisch besiegelt. Der als Reaktion auf das Volksbegehren von der CDU-Fraktion des sächsischen Landtages vorgelegte Entwurf einer Schulgesetznovelle, die inzwischen beschlossen wurde, bedeutet für weitere sorbische Schulstandorte das Aus. Dies kann und wird von den Eltern und der Domowina nicht akzeptiert werden.

duma Dmitrij Rogosin, tschechische Parlamentsabgeordnete und polnische Senatoren, setzten sich für den Erhalt der sorbischen Mittelschule in Crostwitz ein. Das Kabinett der Tschechischen Republik befasste sich auf einer Beratung mit der Crostwitzer Angelegenheit und stellte als erste Hilfe bis zur Bereitstellung von Mitteln aus dem Deutsch-tschechischen Zukunftsfonds 180 000 Kronen (etwa 5 000 Euro) zur Verfügung. Des Weiteren wurde in Tschechien eine von Schriftstellern initiierte Unterschriftensammlung für den Erhalt sorbischer Schulen gestartet, die sich inzwischen über 20 Länder Europas ausgeweitet hat und mehr als 15 000 Unterzeichner aufweist.

5. Zum weiteren Verfahren

Der Schulstreik wurde nach einem Monat ausgesetzt; er war nach Maßgabe der Initiatoren nicht beendet. Vielmehr wurde die Suche nach einer Lösung fortgesetzt, vorausgesetzt, das Kultusministerium würde einlenken. Kultusministerium und Landratsamt versuchen weiterhin, die Eltern, den Sorbischen Schulverein und die Domowina unter Druck zu setzen und so die Verwirklichung der Forderung zu umgehen, die Entscheidung über die sorbische Schulnetzplanung auszusetzen. Es gibt aus Sicht der Domowina und der sorbischen Öffentlichkeit inakzeptable konzeptionelle Vorstellungen, wie zum Beispiel den Neubau einer einzigen sorbischen Mittelschule, die Reduzierung auf nur zwei Mittelschulen. Andererseits führte der starke Druck auf Elternschaft und Öffentlichkeit auch dazu, dass bisherige Positionen in Frage gestellt und neue Erwägungen angestellt wurden, zum Beispiel zur freien Trägerschaft, zu einer Schule mit mehreren Standorten usw.

Die sorbische Öffentlichkeit fordert eine Lösung ein, die eine Stabilisierung des derzeit noch relativ intakten sorbischen Sprachgebietes sowie die Förderung der sorbischen Sprache und Kultur durch Schulen als öffentliche Institutionen bedeutet. Politische Unterstützung erhielt die Domowina vonseiten des damaligen tschechischen Premierministers und des Bildungsministers sowie von Abgeordneten dreier Fraktionen des tschechischen Parlaments.

6. Sachlage zum Jahresende 2001

Am 18. September 2001 hatten die Crostwitzer Eltern ihren Streik offiziell ausgesetzt. Unter dem Druck des sächsischen Kultusministeriums und des Landkreises Kamenz, in dessen Verantwortung das Kultusministerium auch die sorbische Schulnetzplanung im August des Jahres 2001 übergeben hatte, berief die Domowina einen runden Tisch Sorbische Schulen ein. Er sollte ausloten, was aus Sicht der

Informationen zum „Crostwitzer Schulstreit“ – Symbol des Kampfes für den Erhalt des sorbischen Schulnetzes

Die zum 31. Juli 2003 bevorstehende Schließung der Sorbischen Mittelschule „Jurij Chěžka“ in Crostwitz hat vielseitige Aspekte und eine minderheitenpolitische und europapolitische Komponente.

1. Zum Hintergrund

„Die im Land lebenden Bürger sorbischer Volkszugehörigkeit sind gleichberechtigter Teil des Staatsvolkes. Das Land gewährleistet und schützt das Recht auf Bewahrung ihrer Identität sowie auf Pflege und Entwicklung ihrer angestammten Sprache, Kultur und Überlieferung, insbesondere durch Schulen, vor schulische und kulturelle Einrichtungen.“ (Verfassung des Freistaates Sachsen, Artikel 6 Abs. 1)

Die Diskussion um den Erhalt des sorbischen Schulnetzes und die vom Sächsischen Staatsministerium für Kultus angewiesene Schließung der Sorbischen Mittelschule „Jurij Chěžka“ Crostwitz ist am scheinbar nicht gegebenen öffentlichen Bedürfnis gescheitert. Von der Landespolitik wird dieses an der „Schülerzahl“, die für alle Schulen in Sachsen gleichermaßen Anwendung findet, festgemacht.

Mit Sicherheit sind sich Landespolitiker und die sächsische Staatsregierung sehr wohl dessen bewusst, dass nationale Minderheiten auf ihre spezifische Situation zugeschnittene Rahmenbedingungen brauchen. Die Praxis jedoch zeigt: In den Köpfen der Politiker wird von den Verhältnissen der Mehrheitsbevölkerung ausgegangen, begleitet von wirtschaftlichen Erwägungen. Werden solche Maßstäbe angelegt, geht („Minderheiten“-)Politik an der Realität vorbei – wider alle Beteuerung, dass die sorbische Sprache erhaltenswert ist. Die zum 31. Juli 2003 vorgesehene Schließung der Sorbischen Mittelschule „Jurij Chěžka“ Crostwitz zählt zu den unruhnmilchen Maßnahmen sächsischer Schulpolitik und der Politik bezüglich der Sorben.

2. Zur Eskalation

Ende des Jahres 2000 erfolgte durch das Kultusministerium die Information, dass die sorbische Mittelschule Crostwitz mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 keine 5. Klasse mehr unterhalten dürfe. Daraufhin ging die Kommune gegenüber dem Kultusministerium in Widerspruch und wandte sich mit einer Klage an das Verwaltungsgericht. Im Sächsischen Landtag wurden Dringliche Anträge und Anträge

eingebracht, die den generellen Erhalt des sorbischen Schulnetzes, einschließlich der sorbischen Mittelschule Crosswitz, ein Moratorium und andere aufschiebende Maßnahmen beinhalteten. Die mehrheitliche Ablehnung dieser Vorschläge und der zunehmende Druck seitens des Kultusministeriums und dessen nachgeordneter Einrichtung Regionalschulamt führten zur Zuspitzung der Lage. Weder war eine politische Lösung im Sinne des sorbischen Volkes in Sicht noch war eine richterliche Entscheidung durch das Verwaltungsgericht und das Oberverwaltungsgericht zugunsten des sorbischen Schulwesens getroffen worden. Der Wille zum Erhalt der vier sorbischen Mittelschulen im Landkreis Kamenz, dem sprachlichen Kerngebiet der Sorben, als öffentliche sorbische Sprachräume und Stätten der Stärkung und Förderung der sorbischen Sprache, Kultur und Identität, wuchs. Auch eingedenk der Erfahrungen aus der Vergangenheit: Jede Schließung einer sorbischen Schule bedeutet die Schwächung der sorbischen Grundsubstanz. Sie leistet dem schleichenden Übergang einer von der sorbischen Sprache dominierten Zweisprachigkeit zu einer deutschsprachig beherrschten Zweisprachigkeit, die einer Assimilierung der Sorben gleichkommt, Vorschub.

Gegen die drohende Schließung bildete sich ein breites Bündnis, das von der die 5. Klasse betreffenden Schulinitiative mit initiiert und koordiniert wurde. Das Bündnis umfasste unterschiedliche kommunale Bereiche, politische Parteien, kulturelle und andere Bewegungen und erfuhr breiteste Unterstützung durch die Domowina, den Bund Lausitzer Sorben.

Das Beharren des Kultusministeriums auf der Schließung der sorbischen Mittelschule und die Ablehnung der von der Gemeinde eingereichten Klage vor Gericht führten zur Zuspitzung der Auseinandersetzung vor Beginn und nach Beginn des Schuljahres 2001/2002.

3. Zu den Aktionen

Mit dem ersten Tag des Schuljahres 2001/2002 entschieden sich die Eltern zur folgenden Aktion: Die Schüler besuchten weiterhin die Schule in Crosswitz, ungeachtet aller Drohungen seitens Kultusministerium, Regionalschulamt und Landratsamt (Bußgeldandrohung in Höhe von 2500 DM je Eltern, Androhung der Wiederholung der 5. Klasse im nächsten Schuljahr). Sie wurden getreu dem Lehr- und Stundenplan von pensionierten Lehrern unterrichtet.

Gleichzeitig fanden jeden Tag - 22 Tage lang - nach dem Einzug der Schüler in die Klassenräume Begegnungen, Gespräche oder Demonstrationen statt, an denen auf Einladung der Crosswitzer Schulinitiative Abgeordnete des Sächsischen Landtages, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments teilnahmen.

Gegenstand der Beratungen war die Suche nach einer einvernehmlichen Lösung mit dem Kultusministerium. Kirchliche Andachten vereinigten nicht nur Gläubige der Crosswitzer Kirchengemeinde.

Schließlich fand an einem Tag ein alle sorbischen Schulen der Oberlausitz erfassender Schulstreik statt, organisiert und durchgeführt von sorbischen Studenten. Nachdem alle Verhandlungen und Beratungen kein Ergebnis, auch keinen Kompromiss seitens des Kultusministeriums in der Frage des Erhalts der sorbischen Mittelschule in Crosswitz brachten, wurde nach Übereinkunft der Eltern der so genannte Crosswitzer Schulstreik ausgesetzt. Die 17 Schüler besuchen seitdem bis zur Entscheidung über die Zukunft des sorbischen Schulnetzes die sorbische Mittelschule Rabitz.

4. Zur nationalen und internationalen Beachtung des Crosswitzer Schulstreikes

Die Auseinandersetzung um den Erhalt des sorbischen Schulnetzes fand zunehmend nationale und internationale Aufmerksamkeit. Eine besondere Rolle spielten dabei die Medien. Mehr als 50 deutschsprachige Zeitungen berichteten oft sehr umfangreich über Crosswitz, Rundfunk und Fernsehen - so die ARD und MDR - informierten über den Schulstreik. Das alles führte mit zur Sympathie für den Kampf um den Erhalt des Schulnetzes und zur Steigerung der Akzeptanz der sorbischen Sprache in Sachsen. Schulinitiativen zum Erhalt anderer Schulen Sachsens und Bürgermeister betroffener Gemeinden unterstützten die Crosswitzer Aktion.

Auch Vertreter der Kirche, wie der Bischof des Bistums Dresden-Meißen, und Vertreter der Politik versuchten zwischen Crosswitzer Bürgern und dem Kultusministerium zu vermitteln, jedoch ohne Erfolg. An Bundeskanzler Schröder wurde auf seiner „Osttournee“ das Crosswitzer Anliegen heran getragen.

Mit den Aktionen von Crosswitz solidarisierte sich zudem die sächsische Schulinitiative „Zukunft braucht Schule“. Sie hat für den Volksantrag zur Änderung des sächsischen Schulgesetzes mehr als 60 000 Unterschriften an den Präsidenten des Sächsischen Landtages Erich Ilgen übergeben. In dieser Initiative hatten sich auch Sorben engagiert.

International erfuhr der Kampf der Sorben um den Erhalt ihres Schulnetzes breite Unterstützung. Die Agenturen Reuters und BBC, vor allem Medien in Tschechien, Polen und Russland, Nichtregierungsorganisationen für Menschenrechte, prominente Künstler, Kulturschaffende und maßgebliche Politiker, wie der einstige Beauftragte für Menschenrechte der Tschechischen Republik Peter Uhl, der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Staats-